

Siebenbürger Wochenblatt.

Mit allergnädigster Bewilligung.

Nro. 50.

Kronstadt, 22. Juni.

1846.

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen.

Der Mult es Jelen bringt in seinen letzten Nummern einen längern Artikel über die am 11. Mai und den darauf folgenden Tagen stattgefundene Kreisversammlung der Unterweißenburger Gespanschaft, welchem wir die bezüglich der auch daselbst zur Sprache gebrachten Schwaben-Einwanderung, stattgehabte Verhandlung entnehmen und mit einigen Bemerkungen begleiten.

Freiherr Dionys Kemény trug folgendes vor: Löbliche Stände! Ich nehme Ihre werthe Aufmerksamkeit in Betreff einer wichtigen Begebenheit im Vaterland in Anspruch, welche die Aufmerksamkeit der Nation und Regierung mit Recht auf sich gezogen hat. Im Laufe dieses Jahres sind in Folge eines Aufrufes viele württembergische Schwabenfamilien in dieß Land und zwar auf den Sachsenboden eingewandert, woher die Ungarn und Walachen, welche schon eingebürgerte Bewohner unsres Vaterlandes sind, verdrängen. Nach den Äußerungen der sächsischen Deputirten beim letzten Landtag und dem, dem magyarischen Elemente feindlich gesinnten Tone der sächsischen Zeitungen zu schließen, hat diese Thatsache eine gegen unsre Nationalität gerichtete Tendenz. Die Sachsen haben ihre Wohnorte als das Land, wo Milch und Honig fließt, geschilbert, und so sind denn jene Unglücklichen eingewandert, von denen viele, weil sie sich betrogen sahen, bereits zurückgekehrt sind. Was wollen die Sachsen? etwa den Ungarn imponiren? oder sie gar mit der Zeit aus ihren mit Blut erworbenen Wohnsitzen verjagen? Fürchten wir nichts, löbliche Stände, dies sind lauter erfolglose Versuche; denn die Kraft, welche die sächsische Nation noch besitzt, hat nicht die Nation, sondern concentrirt sich in der Bureaucratie, diese und nicht die Nation hat ihre Vertreter. Aber auch in dieser Hinsicht haben wir uns nicht vor ihnen zu fürchten, denn sie sind darüber weg, daß sie uns schaden könnten; da die Population bei ihnen fortwährend im Abnehmen begriffen ist, und man die Zeit berechnen kann, wo kein einziger

Sachse mehr auf der Welt sein wird. Indessen löbl. Stände diese Sache verdient doch Aufmerksamkeit und die daraus entspringen könnenden nachtheiligen Folgen müssen wir abzuwehren suchen. Denn sie bevölkern dieß Land mit Proletariern, Bettlern, Unbemittelten, somit mit einem unzufriedenen Gesindel, welches bei dem Umstande, daß es bloß mit Vertreibung der Ungarn und Walachen sich Wohnsitze verschaffen kann, zum Mißvergnügen des so leicht zur Unzufriedenheit zu erregenden Volkes den Zündstoff darbietet. Aus diesem Grunde bin ich denn so frei, die löbl. Stände aufzufordern, bei Verhandlung des Urbarialgesetzworschlags auch diesen Umstand, nemlich die im Sachsenlande wohnenden Ungarn und Walachen zu berücksichtigen, andererseits aber der h. Landesstelle vorzustellen, sie möge einen kräftigen Befehl an die sächsischen Gerichtsbarkeiten ergehen lassen, daß die Ungarn und Walachen aus ihren Wohnsitzen nicht vertrieben werden mögen, ferner zu bewirken geruhen wolle, daß in dieß Land kein fremdes Volk angeführt werde, denn hier ist kein Fußbreit Erde, welche Niemandes Eigenthum wäre, dabei aber steht die Vermehrung von Sonderinteressen und abgefondertem Element dem gemeinen Wohl schnurstraks entgegen. Dieser Antrag wurde angenommen und eine Vorstellung an die h. Landesstelle gerichtet, welche wir an seinem Orte mittheilen werden.

In der That eine im höchsten Grade gehässige, Anklage! die, wenn sie auch nur zu Hälfte wahr wäre, mit Recht das Anathem auf uns herabrufen müßte. Die bündigste Widerlegung findet sich in dem in Nr. 24 des Volksfreundes veröffentlichten Rechenschaftsbericht des siebenbürgisch-sächsischen Landwirthschaftsvereins, welcher sich laut §. 1 der von allerh. Sr. Majestät allergnädigst bestätigten Statuten die Aufgabe gestellt hat, zur Hebung und Verbesserung unsrer Landwirthschaft neben andern zweckmäßigen Einrichtungen auch verständige erfahrene Landwirthe einzuberufen; also nicht eigenmächtig, sondern mit Genehmigung der Regierung. Nicht mit falschen Vorpiegelungen sind die Würtemberger, dieser schuldlose Stein des Anstoßes für unsre Radikalen, ins Land berufen oder betrogen worden, dafür bürgen neben den im Volksfreund enthaltenen Berichten auch die eigenen

Aussagen der Einwanderer, wie sich der große Patriot beliebig auch in höchsteigener Person überzeugen kann; sondern sie haben gefunden, was sie gesucht, eine neue, bessere Heimath, in der sie wohl dießartige Anfeindungen nicht vorausgesetzt haben. Weder den Ungarn imponiren noch weniger aus ihren mit Blut erworbenen Wohnsitzen, für welche übrigens Zeuge der Geschichte auch deutsches Blut in Menge geflossen ist, sie vertreiben wollen wir; der Furchtlose kennt ja unsre Schwäche, er weiß, daß unsre Volkszahl von Jahr zu Jahr abnimmt, und hat bei sich auf ein Härchen berechnet, wann wir zu Grabe getragen und aus der Reihe der Völker ausgestrichen werden; daher die Aufmunterung zur Furchtlosigkeit. Der große Mathematiker hat nur eines übersehen, daß nämlich die Zeit sich nicht binden läßt und keinen Diktator kennt; er hat vergessen, daß oft auch frisch aufgeworfene Grabeshügel nur zu bald einsinken, und daß, wer über diese Leichenhügel hinwegschreiten will, sicherlich der Gefahr nicht entgeht, in den aufgelockerten Gruben zu versinken.

Berbieuen Leute, von denen bloß 116 Familien (denn von den übrigen hat es noch nicht genau ermittelt werden können) laut dem erwähnten Vereinsbericht 57,582 fl. E. M. ins Land gebracht haben, den Namen Proletarier und Bettler? man könnte sich um diese sichtlich in den Komitaten umsehen, ihre Zahl ist dort nicht gering. Uebrigens mag der edle Freiherr sich nicht vor Unruhen fürchten, welche durch die Schwaben-Einwanderung in unsern Kreisen hervorgerufen werden sollen, sie leben in friedlicher Eintracht mit den übrigen Nationen, und die Ruhe ist nicht gestört worden, da kein Ungar oder Walach von denselben verdrängt worden ist oder hat verdrängt werden wollen; sie haben sich entweder angekauft oder ihre Unterkunft als Pächter, Meier und einige wenige als Tagelöhner gefunden, zudem sind es bloß 307 Familien, bestehend aus 1460 Köpfen, und darum wird so ein Lärm geschlagen, als ob das Vaterland an den Rand des Verderbens gerathen sei, weil man der Agrikultur einige tüchtige Hände mehr zugewendet hat! daß man nicht bei diesem hochmögenden Herrn, sondern bei der Regierung, der wir treu ergeben sind und bleiben, die Befugniß hiezu nachgesucht hat, dieß ist der Verdruß; mögen sie darum immerhin dagegen Vorstellungen machen, wir haben mit des Fürsten Genehmigung gehandelt. Ob endlich das gemeine Wohl des Vaterlandes durch dergleichen erbitternde Ausfälle befördert und das so nöthige Einverständnis der drei Nationen befestigt werden kann, werden unsre Leser leicht entscheiden; indessen in einem freien, konstitutionellen Lande geschehen manche Dinge, wovon sich die Philosophie nichts träumt, und glücklicherweise ist unser Fortbestand nicht von dergleichen Aufwallungen und Diatriben abhängig.

In weiterer Debatte kam laut dem Bericht im Malt es Jelen die Einwanderung der Würtemberger am andern Tage wieder zur Sprache, und es wurde angetragen und festgestellt:

- a) Es sollten unter den fremden Einwanderern Maschinenisten, Fabrikanten und vorzügliche Handwerker nicht ausgeschlossen sein, von denen die Produktionskraft des Vaterlandes (also von Landwirthen nicht?) bedingt werde.
- b) Es möge auf dem nächsten Landtage ein Gesetz über Einwanderung und Einbürgerung verfaßt werden.
- c) Die Szekler und ungarischen Gerichtsbarkeiten sollten um ihre Unterstützung in der Schwaben-Angelegenheit angegangen werden. —

In dieser Beziehung äußerte sich Sieg. Sarp-i, wenn es auch nothwendig sein sollte, die h. Landesstelle wegen thatkräftiger Einwirkung anzugehen, daß der Verdrängung der Ungarn und Walachen aus dem Sachsenlande Einhalt gethan werden möge: so glaube er doch, es sei nicht am Orte und in der Vorstellung nicht anzuführen, daß man diese Einwanderung als gegen die ungarische Rationalität gerichtet ansehe, da man dieß nicht bestimmen wisse; und setzte dazu: »Verdächtigen wir Niemanden.« Freih. D.-s. K.: »Das ist in der That auch nichts anders. Siegm. S-i: »Warum sollen wir zeigen, daß wir uns fürchten.« Freih. D. K.: »Wer sich fürchtet der lebt.« Siegm. Sarp: »Leben wir, aber fürchten wir uns nicht.« Die Vorstellung wurde demohngeachtet nicht abgeändert.

Diese Verhandlung sammt dem Beschlusse bedarf keines weitern Kommentars; Gottlob! daß die Unterweißenburger, eine einzelne Kreisbehörde, die sich seit einiger Zeit das Regieren anmaßt, nicht über unser Schicksal zu gebieten haben.

*** Bistriz, am 8. Juni. Gleich nach der Rückkehr der hiesigen Abgeordneten aus dem letzten Konflu, haben dieselben, wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, einen schriftlichen Rechenschaftsbericht auf dem Rathstische niedergelegt, und werden auch bei Gelegenheit der hiesigen Kreis-Kommunität persönlich über die Ergebnisse ihrer Sendung Rechenschaft ablegen. Sobald dieses Letztere geschehen sein wird, erhalten Sie von mir auch den Rechenschaftsbericht.

Wir sehen schon wieder eine Veränderung im Lehrpersonal unseres Gymnasiums entgegen. Durch den Tod des bisherigen Pfarrers der Gemeinde Jaad, Hrn. Daniel Heinrich, an dessen Stelle der bisherige Klein-Bistrizer Pfarrer Herr Michael Friedrich Nieresch mit 196 Stimmen erwählt wurde, ist diese Veränderung nothwendig geworden. — Der Tod des ebenbenannten Herrn Pfarrers wird von allen Jaadnern innig betrauert. — Vier und vierzig Jahre verlebte der Entschlafene in ihrer Mitte, zwei Jahre als Prediger und zwei und vierzig Jahre als Seelsorger der Gemeinde. Die Vererbung dieses, besonders in sprachlicher Beziehung sehr gelehrten Mannes, reicht noch in jene Zeit hinauf, wo die Gemeinden unabhängig von der Kandidation, ihre Geistlichen erwählten.

Se. Excellenz der katholische Bischof in Siebenbürgen hat mittelst Resolution vom 25. März l. J. zur Herstellung des hiesigen, durch ein Erdbeben sehr beschädigten Minoriten-Klosters 100 fl. E. M. an die bischöfliche Kasse anweisen und an den hiesigen Hohehrwürdigen Pater Quardian auszahlen lassen. Hiedurch hat der Hochwürdige Herr einen neuen Beweis seiner lobenswerthen Munificenz gegeben und sich besonders den Dank des hiesigen Hochw. Hrn. Quardians erworben.

Oesterreich.

Ueber die neu zu errichtende Akademie der Wissenschaften in Wien liest man in fremden Blättern Folgendes: Die k. k. Entschliessung in Betreff der Errichtung eines solchen Instituts hat in Wien eine außerordentliche Sensation hervorgerufen. Im allgemeinen war wohl früher von der Errichtung einer solchen Anstalt häufig die Rede gewesen; allein immer kam es zu keinem Resultate, und man begnügte sich mit der Hindeutung auf zahlreiche Hindernisse, welche der Verwirklichung des Projekts in den Weg getreten seien. Jedemfalls betrachten wir die k. k. Entschliessung als ein überaus erfreuliches Anerkenntniß dessen, was wahrhaft noth thut, des freisinnigen Fortschritts. Sollten sich auch später zuweilen Hindernisse ergeben, welche das praktische Durchgreifen der Anstalt erschweren würden, so liegt unser Bedünken schon eine vollendete Genugthuung darin, daß man durch die That bekennt, wie es über allen positiven Formen ein Gesetz des strebenden Geistes gibt, von welchem sie ihre Belebung empfangen, welches nicht durch kategorischen Befehl, aber durch stillen, unsichtbaren Einfluß unabweisbar waltet. Ja die höhere intellectuelle und humane Bildung ist es, von der sowohl die Regierten als die Regierenden durchdrungen werden müssen, soll nicht eine Erstarrung im Leben der Völker eintreten, die sehr unrecht hätte, sich mit dem Schildzeichen des Konservatismus zu schmücken; denn was verdient eben die Konsevation, als ein System solcher Formen, in denen ein gemessener und ununterbrochener Fortschritt auf natürliche Weise denkbar ist? Auch darin, daß die Gründung der Akademie auf den Antrag des Staatskanzlers, des mit den Schwingungen der Zeit gar wohl vertrauten Fürsten v. Metternich, mithin so zu sagen als der Ausfluß politischer Gesamtnothwendigkeit im Hinblick auf die äußeren wie die inneren Verhältnisse der Monarchie stattfand, liegt viel des Bezeichnenden. Eine Hauptfrage, die sich jetzt bietet, ist folgende, in welchem Verhältnisse wird sich das Institut zu den Nationalitäten des Kaiserreiches befinden? Jedemfalls in einem organisch vermittelnden, und obwohl der Punkt der Vereinigung schwer zu treffen ist, so läge doch in einem solchen Versuch so viel des Segens, daß er jedenfalls mit dem innigsten Danke begrüßt zu werden verdient. Mit der gespanntesten Aufmerksamkeit wird deshalb der Veröffentlichung der näheren Bestimmungen des Gründungsplanes überhaupt entgegenzusehen.

Wie man hört, dürfte die Eröffnung der Akademie zur selben Zeit stattfinden, wo das Denkmal des hochseligen Kaisers Franz enthüllt werden wird. Der Freiherr v. Pillerersdorf ist, unter Zuziehung der k. k. Hofräthe Andreas v. Baumgärtner, v. Hammer-Purgstall, des Regierungsraths v. Ettinghausen und des Professors v. Endlicher beauftragt die Statuten bis zum 16. Juni zu unterbreiten. Als die zu beachtende Grundlage der Statuten ist festgestellt: die Akademie zerfällt in mehrere Sektionen: Philologie und Geschichte, Naturwissenschaften und schöne Wissenschaften. Die Philosophie scheint ausgeschlossen, wie bekanntlich schon Littrow angetragen und verfochten hatte. Die ersten 24 Akademiker werden von dem Kaiser ernannt; davon beziehen 12 einen Gehalt von 1200 fl. und 1500 fl. E. M., die andern 12 sind unbesoldet und rücken nach. Der Präsident, der nur für drei Jahre wählbar ist, bezieht einen Gehalt von 3000 fl. E. M., der Sekretär 2500 fl. E. M. Der Rest der Dotationssumme ist zu streng wissenschaftlichen Zwecken, zu Preisen, zur Herausgabe von Werken, der Verhandlungen ic. bestimmt. Alle Akademiker erhalten den Rang eines k. k. Regierungsraths. Ein Kurator wird, wie bei der Akademie der bildenden Künste, neben dem Präsidenten ernannt werden.

Ausland.

Deutschland.

Die bairische Ständeversammlung ist am 24. Mai förmlich geschlossen worden. Se. k. Hoheit der Prinz Luitpold war mit diesem Akte beauftragt, und die Versammlung ging mit einem dreimaligen, dem König gebrachten Lebehochrufe aus einander. Der Landtagsabschied füllt 16 gedruckte Quartseiten. Der wesentliche Inhalt desselben besteht in Folgendem. Den sämtlichen an die Stände gebrachten Gesetzesentwürfen wird unter den von denselben beschlossenen Modifikationen die k. Sanction ertheilt. Unter den Anträgen und Wünschen befinden sich mehre, welchen unbedingte Genehmigung zu Theil ward; darunter einer bezüglich der Rekursfrist in Polizeistrafsachen. Anderen wird reisliche Erwägung von Seite der Regierung zugesichert; darunter den Anträgen auf Annahme des Prinzips der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren, auf Vorlage von Gesetzesentwürfen zur Aufhebung der Biertarregulirung, zur Revision des Ediktes von 1813 über die Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen, dann auf Revision des napoleonischen Dekretes von 1808. Einzelne Anträge werden als unzulässig und unnöthig zurückgewiesen, z. B. jener auf Personalvermehrung am Oberappellationsgerichte ic. Andere Anträge, wie z. B. jene auf Vermehrung der Bezüge für Civil- und Militärdiener, Eheerungszulage u. s. f., werden als außer dem verfassungsmäßigen Wirkungskreise der Stände liegend und lediglich den Kronrechten anheim-

fallend beschieden. In letztere Kategorie gehöre auch der Ausspruch der ständischen Ueberzeugung, daß der konförmmäßigen Verpflichtung zur Errichtung einiger Klöster Genüge geschehen sei. Der Antrag in Betreff der geistlichen Genossenschaften wird unter Hinweisung auf die während einer fast 21jährigen Regierung bethätigten Grundsätze lediglich einer einseitigen Auffassung des Gegenstandes zugeschrieben. Auf den Antrag, daß der Unterstützungsverein für das Amts- und Kanzlei- Personale unter Staatskontrolle gestellt und durch Staatszuschüsse erleichtert werde, erklärt die Krone nicht eingehen zu können; hinsichtlich der beantragten Aufhebung des Lotto wird auf den Landtagsabschied von 1843 verwiesen. Ueber die Anträge in Betreff der Zoll- und Industrieverhältnisse lauten die k. Erklärungen theils genehmigend, theils nähere Erwägung verheißend. Am Schlusse des Landtagsabschieds wird übrigens den Ständen die allerhöchste Zufriedenheit, sowohl mit den, während des Landtages bethätigten Bestimmungen als mit den Erfolgen ihres Wirkens, ausgedrückt.

Portugal.

Fast das ganze Land ist im Aufruhr: Mehrere Minister haben das Reich verlassen, um nur ihr Leben zu retten. Selbst der Thron der Königin ist in Gefahr. Die Königin hat, um den Aufruhr niederzuschlagen, ein Manifest erlassen und darin die ernsteste Berücksichtigung der Volksklagen versprochen. Die Presse wird für frei erklärt und alle unter dem letzten Ministerium erlassenen Sanitätsgesetze (über die man besonders in den Häfen klagte) so wie die neuen Steuererhebungsgesetze als aufgehoben erklärt. Ohngeachtet diesen Zugeständnissen ist die Ruhe nicht hergestellt worden und selbst in Lissabon ist es zwischen Volk und Truppen zu einem Zusammenstoß gekommen. Es heißt die Königin wolle zu Gunsten ihres ältesten Sohnes des Kronprinzen Dom Pedro von Alcantara (noch nicht volle 10 Jahre alt) abdanken. Wohin dieses Alles führen wird, ist nicht abzusehen.

Frankreich.

Aus Algier sind betrübte Nachrichten eingelaufen. Abd-el-Kader hat allen seinen französischen Gefangenen 300 an der Zahl mit Ausnahme einiger Offiziere die Köpfe abschlagen lassen und die Leichen in die Malina werfen lassen. Dieser Gefangenmord wird dem Kabinet große Verlegenheiten bereiten, denn in beiden Kammern ist es schon zu harten Vorwürfen gekommen, und die Niedermetzung der dreihundert Franzosen gibt der Opposition eine scharfe Waffe in die Hand. — Ein Trompeter von den 300 Mann hat sich gerettet und Nachricht von dem traurigen Schicksal seiner Kameraden gegeben.

Großbritannien.

Prinz Louis Bonaparte ist nicht nach Deutschland, sondern nach London geflohen, wo er am 27. Mai ankam und viele Beweise von Theilnahme gefunden hat. Der Aufenthalt des Prinzen daselbst ist aber nicht von Dauer, sondern er begibt sich nach Florenz zu seinem Vater.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Kongreß und das Kabinet von Washington haben der Republik Mexiko förmlich den Krieg erklärt. Seit zwanzig Jahren häuften die Mexikaner gegen die Bewohner der vereinigten Staaten Unbilden und fielen erst kürzlich in das Gebiet der letztern und vergossen das Blut friedlicher Bewohner. Einen Abgesandten den Präsidenten Polk an die Mexikaner schickte verhöhnten dieselben und wollen durchaus von keiner friedlichen Ausöhnung wissen. Die Kriegserklärung lautet: »Proklamation des Präsidenten der vereinigten Staaten. Sientmal der Kongreß der vereinigten Staaten, kraft der in ihm ruhenden verfassungsmäßigen Autorität, durch Akt vom heutigen erklärt hat, daß durch Anlaß der Republik Mexiko ein Kriegszustand zwischen jenem Staat und den vereinigten Staaten obwaltet, so proklamire daher ich, James K. Polk, Präsident der vereinigten Staaten von Amerika, andurch allen, die es angeht, und schärfe insbesondere allen die da unter Autorität der vereinigten Staaten Civil- oder Militärämter bekleiden, hiemit ein in Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten wachsam und eifrig zu sein. Und überdies ermahn ich das ganze gute Volk der vereinigten Staaten, so es sein Vaterland liebt, so es die Unbilden fühlt, welche es zwingen zum letzten Mittel beleidigter Nationen zu greifen, und so es wünscht unter dem Segen der göttlichen Vorsehung die Drangsale des Krieges abzukürzen, daß es sich anstrenge die Ordnung zu wahren, die Eintracht unter sich zu fördern, das Ansehen und die Wirksamkeit der Gesetze aufrecht zu halten, und alle Maßregeln, welche die konstitutionellen Behörden zur Erlangung eines schnellen, gerechten und ehrenwerthen Friedens fassen mögen, kräftig zu unterstützen. Zum Zeugniß dessen hab' ich dieß mit meiner Hand unterzeichnet und das Siegel der vereinigten Staaten beifügen lassen. Gegeben in der Stadt Washington, heut am 13. Mai 1846, dem 70sten der Unabhängigkeit. Vom Präsidenten James K. Polk. Gegengez James Buchanan, Staatssekretär.« Der Kongreß hat große Kriegsmittel votirt: Vermehrung des regelmässigen Heeres auf 15,000 Mann, dazu ein Aufgebot von 50,000 Milizen und 10 Mill. Dollars zur Bezahlung der Truppen. In gleichem Verhältniß sollte die Seemacht verstärkt werden. In der ganzen Union herrschte die größte Aufregung, und in den südlichen Staaten rüsteten sich bereits Schaaren von Freiwilligen an die Grenze zu rücken.